

D 2 Demokratie verteidigen: Unser 11-Punkte-Plan gegen Rechts!

Antragsteller*in: Lasse Petersdotter (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Der Landesparteitag beschließt:

2 Rechtsradikale Ideologien sind tief verankert in der deutschen Gesellschaft.
3 Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homophobie, Transfeindlichkeit,
4 Islamfeindlichkeit und völkischer Nationalismus muss auch in Schleswig-Holstein
5 mit allen geeigneten rechtsstaatlichen und gesellschaftspolitischen Mitteln
6 entschlossen entgegengetreten werden.

7 Die Demokratie ist in Gefahr, wenn menschenfeindliches Gedankengut immer
8 häufiger unwidersprochen gesagt werden kann. Rechte bedienen in
9 unterschiedlichsten Gruppierungen und Zusammenschlüssen nicht nur den
10 gesellschaftlichen Rand, sondern wirken bis in die Mitte der Gesellschaft. Sie
11 bestimmen immer häufiger den politischen Diskurs und radikalieren sich in
12 ihrer Weltanschauung weiter.

13 Dazu zählen wir neben der subkulturellen oder militanten Neonazi-Szene, den
14 rechten Parteien, der „Neuen“ Rechten explizit auch die
15 Reichsbürger*innenbewegung, völkische Nationalist*innen, die rechte Musik- und
16 Kampfsportszene und den Rassismus der „Mitte der Gesellschaft“. In ihrer
17 Weltanschauung teilen sie dieselben „Blut und Boden“-Ideologien und propagieren
18 das Aussterben der „Volksgemeinschaft“, die eine nationalsozialistische
19 Konstruktion von „Rasse und Raum“ aufgreift.

20 Es ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte, einer Spaltung der Gesellschaft
21 unmissverständlich entgegenzuwirken. Der Rechtsstaat duldet es nicht, wenn
22 er*sie andere menschenverachtend beschimpft, verhetzt und Menschen wegen ihrer
23 Herkunft, ihres Aussehens ihres demokratischen Engagements, ihrer sexuellen
24 Orientierung oder geschlechtlichen Identität, ihrer Religion, wegen einer
25 Behinderung oder Obdachlosigkeit beleidigt, bedroht und angreift.

26 Der Landesparteitag fordert dazu auf,
27 in Kooperation aus Land, Kreisen und der Zivilgesellschaft ein Maßnahmenprogramm
28 gegen die Bedrohung unserer offenen Gesellschaft durch Rechtsradikalismus, Hass
29 und Hetze zu erstellen. Dabei sollen insbesondere folgende Eckpunkte umfasst
30 werden:

31 1. Opfer rechter Gewalt schützen

32 Die Opferperspektive soll den zentralen Ausgangspunkt im Umgang mit Rassismus
33 einnehmen. Für den Schutz der Opfer ist eine sichergestellte psychologische
34 Betreuung und eine angemessene Entschädigung notwendig. Polizei und
35 Staatsanwaltschaft sollen dazu verpflichtet werden, Opfer rechter Angriffe über
36 die Beratungsangebote in Schleswig-Holstein zu informieren. Außerdem wissen wir
37 von Opferangehörigen, dass es durch rassistische Strukturen häufig eine Opfer-
38 Täter Umkehr gibt, die zu langfristiger gesellschaftlicher Benachteiligung
39 führen kann. Für Opfer rechter Gewalt braucht es daher eine positive

40 Perspektive. Für Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht/ deutsche
41 Staatsangehörigkeit bietet ein Bleiberecht als Opfer rechter Gewalt einen guten
42 Ansatz. Gleichzeitig ist ein Bleiberecht in solch begründeten Fällen ein klares
43 Signal gegen die politische „Ausländer raus“-Zielsetzung rassistischer
44 Gewalttäter*innen. Neben einem Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt fordern wir
45 eine wissenschaftliche Statistik zu Opferzahlen rechter Gewalt und mehr
46 Beratungsangebote für einen besseren Zugang zu den Fonds zur Entschädigung von
47 Opfern rechter Gewalt.

48 2. Nachhaltige Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit, Präventionsarbeit
49 massiv ausbauen, politische Bildung stärken

50 Wir fordern ein nachhaltiges zivilgesellschaftliches Engagement. Insbesondere
51 müssen zivilgesellschaftliche Träger eine langfristige Perspektive erhalten. Die
52 Stärkung der Demokratie durch politische Bildung ist eine Aufgabe der
53 Nachhaltigkeit und muss strukturell finanziell abgesichert werden.
54 Einjahresverträge sorgen bei den Trägern für unsichere Jobs und ungewisse
55 Lebensplanungen. Daher soll weiterhin versucht werden, entsprechende Arbeit zu
56 entfristen. Eine Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit muss auch bei
57 wechselnden politischen Mehrheiten gewährleistet sein.

58 Wir fordern eine zielgerichtete Demokratiebildung für alle Altersgruppen und
59 Möglichkeiten sich auch nach den etablierten Schul- und Jugendprogrammen über
60 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fortbilden zu können. Es muss ein
61 Verständnis für die Demokratie entstehen und die Gegensätze zur (Neu)-Rechten
62 Ideologie aufgezeigt werden. Lehrkräfte sollen durch Fortbildungen und Angebote
63 im Studium künftig in der Lage sein, Antisemitismus und (Neu)-Rechte Tendenzen
64 in der Klasse frühzeitig zu erkennen und besser entgegenzuwirken.

65 3. Rechtsextreme Events begleiten und Einnahmen versteuern

66 Es gibt kein ruhiges Hinterland. Auch in Schleswig-Holstein muss die
67 Landesregierung prüfen, in wie weit Rechtsrockkonzerte, rechte Kampfsportevents
68 oder rechte Liederabende Privatveranstaltungen sind, oder als Einnahmequelle für
69 die rechte Szene dienen. Einnahmen aus den kommerziellen Veranstaltungen müssen
70 versteuert und öffentlich gemacht werden.

71 4. Rechtsradikalen Dominanzbestrebungen überall entgegenwirken

72 Ob Jüdische- oder Türkische Gemeinden, ob Vereine, oder Dorfgemeinschaften. Das
73 Land muss mit der Zivilgesellschaft daran arbeiten, dass keine „Angst-Räume“
74 durch rechtsradikale Dominanzbestrebungen entstehen. Dafür kann das Land
75 explizit in den Orten, in denen es zu Bedrohungen oder Verbreitung von rechten
76 Strukturen kommt durch demokratische Infrastruktur, Kultureinrichtungen und
77 Investitionen in die Sozial- und Jugendarbeit reagieren. Dabei bekennen wir uns
78 zu den Zivilgesellschaftlichen Initiativen, die antifaschistische Arbeit leisten
79 und in den Kommunen rechter Dominanz entgegentreten.

80 Beratungsorganisationen sollen dazu befähigt werden, durch Sozialarbeit früh in
81 der Lage zu sein, solche Dominanzbestrebungen zu erkennen und ihre Beratungen
82 gezielt anzubieten.

83 5. Die Erinnerungskultur weiter ausbauen

84 Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, das würdige Gedenken
85 an die Opfer und die Lehren aus der Geschichte bilden die Grundlage unseres
86 demokratischen Gemeinwesens. Ein „Nie Wieder“ wollen wir durch eine bessere
87 Erinnerungskultur mit Leben füllen. Wir fordern eine Auseinandersetzung mit
88 Opfern rechter Gewalt nach 1945 und eine Aufarbeitung der Verantwortung der
89 Hafentstädte und des Landes Schleswig-Holstein im Kolonialismus.

90 Besonders im Bereich der Verantwortung im Kolonialismus hat Schleswig-Holstein
91 die Chance Vorreiter zu werden und damit eine grundlegende Auseinandersetzung
92 mit Rassismus zu ermöglichen

93 6. Rassismus erkennen, Rassismus benennen

94 Wir fordern eine intensive Auseinandersetzung mit strukturellem und
95 institutionellem Rassismus. Ob „Racial Profiling“ oder eine Ungleichbehandlung
96 von Bewerber*innen aufgrund eines Kopftuches - Struktureller Rassismus ist
97 verfassungswidrig, weil er der Gleichbehandlung in Artikel 3 des Grundgesetzes
98 widerspricht. Trotzdem ist er für Opfer von Rassismen Alltag. Wir erkennen dies
99 als stark vernachlässigtes Thema in der Öffentlichkeit und der Politik an. Es
100 braucht eine höhere Repräsentation von Migrant*innen in gesellschaftlich
101 wichtigen und sichtbaren Positionen. Die Landesregierung soll sich für ein
102 Partizipationsgesetz für Menschen aus Einwanderungsfamilien auf Bundesebene
103 stark machen. Außerdem fordern wir ein kommunales Monitoring über
104 Alltagsrassismus in ganz Schleswig-Holstein mit wissenschaftlicher Begleitung.

105 7. Sicherheitsbehörden besser gegen Rechtsradikalismus aufstellen

106 Die Sicherheitsbehörden müssen besser befähigt werden, Gefährdungen durch
107 rechtsextremistische Netzwerke und Strukturen sowie rechtsextremistisch
108 motivierte Gewalt bis hin zu terroristischer Bedrohung tatsächlich zu erkennen.
109 Besonders das Erkennen von Rechtsextremismus und die Gefahr, die durch völkische
110 und eingeschworene Gemeinschaften, bis hin zur europäischen und internationalen
111 Kooperationen von Rechtsextremen, müssen viel stärker in den Blick genommen
112 werden. Wir sprechen uns weiterhin gegen den Einsatz von bezahlten V-Leuten in
113 den rechtsextremen Strukturen aus, um eine Förderung der Szene zu verhindern.
114 Gerade durch die Veränderung der rechten Szene in den letzten Jahren, fordern
115 wir die Ermittlungsbehörden mit mehr sozialwissenschaftlicher Kompetenz
116 auszustatten, um etwa das Vordringen rechter Akteur*innen in den sog.
117 „vorpolitischen Raum“ (Schulen, Redaktionen usw.) und die Strategie dahinter
118 frühzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren.

119 8. Hass und Hetze im Netz effektiv durch Zivilgesellschaft und Rechtsstaat 120 entgegentreten

121 Rechtsextreme Ideologie verbreitet sich durch Propaganda in den sozialen Medien
122 immer einfacher. Außerdem dienen Facebook und Co. Neonazis zur Vernetzung und
123 Radikalisierung. Wir fordern eine konsequente Verpflichtung der Anbieter zur
124 Löschung strafbarer Inhalte und eine finanzielle Grundlage für die Bekämpfung
125 von Hass im Netz auch für staatliche Behörden und zivilgesellschaftliche
126 Vereine.

127 9. Hassgewalt konsequent erfassen und ermitteln

128 Immer wieder kommt es zu rechtsextrem motivierter Gewalt. Dabei ist eine geringe
129 Aufklärungsquote, geringe Strafen und nicht vollstreckte Haftbefehle gegen

130 rechtsextreme Straftäter*innen bedauerlicher Status-Quo. Polizei und Justiz
131 müssen durch Aus- und Weiterbildung im Bereich der Bekämpfung von
132 Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gefördert werden.

133 10. Ein strengeres Waffenrecht vorlegen

134 Die rechtsextreme Ideologie predigt einen „Kampf gegen die BRD“. Es wird auch
135 dazu aufgerufen sich zu bewaffnen. Neben dem Entzug der „waffenrechtlichen
136 Erlaubnis“ für identifizierte Rechtsradikale fordern wir allgemein striktere
137 Regeln für Anträge auf eine Waffenerlaubnis, den Verbot für halbautomatische
138 Waffen für Privatpersonen und eine konsequente Überprüfung von privaten Waffen-
139 und Munitionsbeständen.

140 11. Antisemitismusbeauftragten schaffen

141 Antisemitische Vorfälle und Übergriffe sind weiterhin Realität, auch in
142 Schleswig-Holstein. Deshalb fordern wir in Ergänzung der neu gestarteten
143 unabhängigen Meldestelle für Antisemitismus in Schleswig-Holstein eine*n
144 Beauftragte*n des Landes für Jüdisches Leben und Antisemitismus in Schleswig-
145 Holstein.

Unterstützer*innen

Joschka Touré (KV Kiel); Nina Schneider (KV Kiel); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg);
Rasmus Andresen (KV Flensburg); Aminata Touré (KV Neumünster); Burkhard Peters (KV Herzogtum
Lauenburg); Svea Balzer (KV Kiel); Steffen Regis (KV Kiel); Andreas Tietze (KV Nordfriesland); Luise
Amtsberg (KV Kiel); Marlies Fritzen (KV Ostholstein)